

MIROSLAV KUNŠTÁT

DIE DOPPELTE POSTSOZIALISTISCHE STAATS- UND NATIONSBIKDUNG

ZUR AUSSENPOLITISCHEN IDENTITÄT
DER TSCHSCHOSLOWAKEI (1989–1992)
SOWIE DEREN NACHFOLGESTAATEN
TSCHSCHISCHE/SLOWAKISCHE REPUBLIK

1. Das außenpolitische Erbe der kommunistischen Doppelföderation

Die außenpolitische Identität der Tschechoslowakei und ihrer Nachfolgestaaten sowie der Prozess ihrer Gestaltung war durch mehrere spezifische Merkmale und Differenzen gekennzeichnet, auch im Vergleich zu den benachbarten postkommunistischen Staaten – vor allem denjenigen, die den traditionellen Vergleichs- und Referenzrahmen bilden (so die Visegrád-Staaten, d. h. hier Polen und Ungarn). Die umstrittenen, in erster Linie von Edvard Beneš und später von Jan Masaryk entwickelten außenpolitischen Konzepte der Zwischenkriegs- und der unmittelbaren Nachkriegszeit, in denen die „Brückenfunktion“ der Tschechoslowakei zwischen Ost und West sowie die ambitionierte, gestaltende Position in Mitteleuropa mit der Rückendeckung der Großmächte (Frankreich vor 1938, Sowjetunion nach 1945) formuliert waren, gerieten nach der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948 in Vergessenheit.¹

¹ Vgl. u. a. HUBERT RIPKA, *East and West*, London 1944; JOSEF KALVODA, *Role Československa v sovětské strategii* [Die Rolle der Tschechoslowakei in der sowjetischen Strategie], Kladno 2009; JAROSLAV HRBEK / VÍT SMETANA, *Draze zaplacená svoboda. Osvobození Československa 1944–1945* [Teuer bezahlte Freiheit. Die Befreiung der Tschechoslowakei 1944–1945], Praha 2009, S. 24–88; VÍT SMETANA, *Pod křídla Sovětů. Mohlo se Československo vyhnout „sklouznutí“ pod železnou oponou?* [Unter die Fittiche der Sowjets. Konnte die Tschechoslowakei dem „Abrutschen“ unter den Eisernen Vorhang entgehen?], in: *Soudobé dějiny* 15 (2008), S. 274–302; MAREK K. KAMIŃSKI, *Edward Beneš*

Angesichts der gewaltsamen Unterdrückung des Prager Frühlings im August 1968 erwies sich auch ihre behutsame, partielle Wiederbelebung in den reformkommunistischen Debatten jener Zeit, mit dem gelegentlichen Schielen nach Titos Jugoslawien als Vorbild, als eine kaum produktive Chimäre. Umso linientreuer gegenüber Moskau gestaltete sich die tschechoslowakische Außenpolitik in der Periode der sogenannten Normalisierung (1969–1989), vielleicht mit einigen wirtschaftlich motivierten selbständigen Akzenten in der Afrika- und Nahostpolitik bzw. in den – auch für die kommunistische Tschechoslowakei identitätsstiftenden – historisch besonders belasteten Beziehungen zu Deutschland.² Die gepflegte Distanz zu dem westlichen Nachbarn (mit den vermeintlich „revanchistischen“ Ambitionen) stand im Widerspruch zum Ruf des pragmatischen „Wirtschaftsflügels“ der engeren KP-Leitung (Ministerpräsident Lubomír Štrougal u. a.) nach einer größeren wirtschaftlichen Kooperation, zu einem gewissen Zeitpunkt auch im Widerspruch zum sowjetischen Interesse, die Ostverträge mit der Bundesrepublik als Ganzes (d. h. auch den schwierigen Vertrag mit Prag) noch vor der KSZE-Konferenz in Helsinki abzuschließen.

Die neuen Frei- und Gestaltungsräume, die sich nach 1985 allmählich für die sowjetischen Verbündeten auch in der Außenpolitik eröffnet hatten (auch als Konsequenz der sogenannten Gorbačev-Doktrin der freien Wahl), wurden von den überwiegend konservativen und verunsicherten KP-Politikern kaum genutzt bzw. nur langsam mit konkreten Inhalten gefüllt.³ Für die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei

we współpracy z Kreml. Polityka zagraniczna władz czechosłowackich na emigracji 1943–1945 [Edvard Beneš in der Zusammenarbeit mit dem Kreml. Die Außenpolitik der tschechoslowakischen Exilregierung 1943–1945], Warszawa 2009.

² PETR ZÍDEK, *Československo a francouzská Afrika 1948–1968* [Die Tschechoslowakei und das französische Afrika 1948–1968], Praha 2004; DERS., *Československo a subsaharská Afrika v letech 1948–1989* [Die Tschechoslowakei und das subsaharische Afrika in den Jahren 1968–1989], Praha 2007; DERS. / KAREL SIEBER, *Československo a Blízký východ v letech 1948–1989* [Die Tschechoslowakei und der Nahe Osten in den Jahren 1948–1989], Praha 2009; RADKO BŘACH, *Smlouva o vzájemných vztazích mezi ČSSR a SRN z roku 1973: od prvních rozhovorů po ratifikaci smlouvy* [Der Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der ČSSR und der BRD aus dem Jahre 1973. Von den ersten Gesprächen bis zur Ratifizierung], Praha 1994.

³ Zur Gorbačev-Doktrin und deren Umsetzung für die Tschechoslowakei BEATA BLEHOVA, *Der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei*, Wien 2006, S. 129–137; BEATA BLEHOVA-KATREBOVA, *Der „sowjetische“ Faktor und der Fall des Kommunismus in der Tschechoslowakei*, in: *Das Jahr 1989 im deutsch-tschechisch-slowakischen Kontext*, hg. v. EDITA IVANIČKOVÁ u. a., Essen 2013, S. 51–68; WJATSCHESLAW DASCHITSCHEW,

(KSČ) ermöglichten sie paradoxerweise auch eine gegenüber der Sowjetunion distanzierte Vorgehensweise. Diese wurde erstaunlicherweise nun nicht nur mit unterschiedlichen Erfahrungen und Traditionen der jeweiligen Länder, sondern auch mit dem Hinweis auf „größere Erfahrungen mit der bürgerlichen Demokratie“ begründet.⁴

Charakteristisch war dabei noch immer die größere Nähe zwischen Prag und Ost-Berlin und die gemeinsame Suche nach der „sozialistischen Europapolitik“ oder nach der Intensivierung der Zusammenarbeit mit China. Die beiden im Rahmen des Ostblocks immer noch wirtschaftlich stärksten Staaten äußerten wiederholt – natürlich *pro foro interno* – zunehmende Skepsis gegenüber der ineffizienten wirtschaftlichen Zusammenarbeit im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, COMECON) und betonten die Notwendigkeit umso mehr und intensiver bilateral zu kooperieren. Beide Staaten betonten mit Blick auf den Reformprozess in der Sowjetunion die Spezifika der „ganz unterschiedlichen“ sowjetischen politischen und wirtschaftlichen Lage, so z. B. der tschechoslowakische KP-Chef und Staatspräsident Gustáv Husák im Gespräch mit dem SED-Politbüromitglied Kurt Hager im Oktober 1987: „Wie haben eine Reihe von Problemen, uns geht es aber nicht darum, die sowjetischen Methoden zu kopieren.“⁵

Der Hauptlinien der offiziellen tschechoslowakischen Außenpolitik wurden jedoch in den letzten Jahren und Monaten vor der politischen Wende immer nüchterner und „realistischer“ skizziert. Eine korrigierte, mehr oder weniger realistische Zugangsweise zu den „hochentwickelten kapitalistischen Staaten“ belegt auch die letzte außenpolitische Konzeption, die im Sommer 1989 vom KSČ-Präsidium gebilligt und von der Regierung angenommen wurde.⁶ Die älteren Dokumente dieser Art mit ihrer

Moskaus Griff nach der Weltmacht. Die bitteren Früchte hegemonialer Politik, Hamburg u. a. 2002, S. 179–187, und viele andere.

⁴ Den überraschenden Hinweis auf die „demokratischen Traditionen“ der Ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–1939) im Zusammenhang mit der Skepsis gegenüber der sowjetischen Perestroika beinhaltet z. B. die Rede des einflussreichen, erzkonservativen Politbüromitgliedes Vasil Biľak, veröffentlicht in: *Rudé právo*, 11.02.1987, S. 2.

⁵ Niederschrift über Unterredung Kurt Hagers mit Gustáv Husák, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO-BArch), Zentrales Parteiarchiv der SED, Sign. DY 30/JNL 26/11, Büro Kurt Hager 1981–1989, Bl. 5. Zitiert bei MIROSLAV KUNŠTÁT / TOMÁŠ VILÍMEK, Die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen im Zeichen der Perestroika, in: *Das Jahr 1989*, S. 144.

⁶ Archiv des Außenministeriums Prag (AMZV), Fonds Porady kolegia ministra [Beraungen des Ministerkollegiums], Sign. V/7 – KM 1953-19, Inv. Nr. 914, 917.

schwerfälligen und ideologisch belasteten Sprache löste eine neue Optik ab: der fortschreitende europäische Integrationsprozess wurde, trotz aller Gegensätze, als eine „bedeutsame ökonomische und politische Realität“ befunden, mit der langfristig zu rechnen sei. Mit den Institutionen wie dem Europäischen Parlament, der Parlamentarischen Versammlung der NATO, dem Europarat und seiner parlamentarischen Versammlung müsse man die Beziehungen vertiefen.⁷

Die 1980er Jahre führten ebenfalls zur Wiederbelebung der außenpolitischen Debatten in den tschechischen und slowakischen Dissidentenkreisen. Diese kreisten z. B. um den nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Status quo und um den damit verbundenen Begriff der „Nachkriegsordnung“, der – wenn auch nicht explizit – in der Schlussakte von Helsinki (1975) und auch im Abschlussdokument der KSZE-Folgekonferenz von Madrid (1983) festgeschrieben worden war.⁸ In der sehr kleinen, doch pluralistischen alternativen Dissidentengemeinde (der sogenannten „alternativen Polis“) innerhalb der Charta 77 wurden nun verstärkt andere Modelle einer europäischen Ordnung diskutiert. Der frühere Dissident Luboš Dobrovský, unmittelbar nach der Wende 1989–1990 stellvertretender Außenminister und danach bis Juni 1992 Verteidigungsminister, erklärte später in diesem Zusammenhang:

„Die beiden deutschen Staaten waren Symbol dessen, was man im Osten ‚die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges‘ nannte, und kaum einer im Westen hatte etwas dagegen. Noch in der Zeit nach dem November 1989, das kann ich als Teilnehmer von einigen Verhandlungen bezeugen, brachten wir unsere westlichen Partner in Verlegenheit, wenn wir zu erkennen gaben, dass wir die sogenannten Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges nicht bewahren wollten.“⁹

Den Auftakt zu dieser Diskussion stellte der „Prager Aufruf der Charta 77“ vom 11. März 1985 dar, der genau am Tag der Wahl Michail Gorbatschov zum Generalsekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) veröffentlicht wurde. Der Aufruf bezog sich in erster Linie auf den bevorstehenden 40. Jahrestag des Kriegsendes, auf eine gewisse Stagnation im Helsinki-Prozess und auf einige Debatten, die im Ausland in Kreisen der Friedensbewegung geführt wur-

⁷ Ebd.

⁸ DETLEF PREUß, *Umbruch von unten. Die Selbstbefreiung Mittel- und Osteuropas und das Ende der Sowjetunion*, Wiesbaden 2014, S. 97–106.

⁹ Brief Luboš Dobrovskýs an den Verfasser dieses Beitrags vom 13. Juni 2003. Privatarchiv des Autors.

den.¹⁰ Der Prager Aufruf verband in den tschechoslowakischen oppositionellen Kreisen (und über diese hinaus in der sogenannten grauen Zone der Gesellschaft) zum ersten Mal seit Ende des Krieges die Perspektive einer Vereinigung Europas explizit mit der Wiedervereinigung Deutschlands:

„Gestehen wir jedoch den Deutschen offen ihr Recht zu, sich frei zu entscheiden, ob und in welchen Formen sie die Verbindung ihrer beiden Staaten in ihren jetzigen Grenzen wollen. Nach den Bonner Ost-Verträgen und nach Helsinki könnte der Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu einem bedeutenden Instrument positiver Veränderungen in Europa werden.“¹¹

Diese Thesen wurden freilich nicht nur von der tschechoslowakischen kommunistischen Presse abgelehnt. Verlegen reagierten auch einige polnische und ostdeutsche Dissidenten sowie viele Intellektuelle im westlichen Ausland. In seiner Haltung zur deutschen Frage war der Prager Aufruf seiner Zeit weit voraus. Nach Václav Havel wollte er vor allem „lapidar sagen [...], dass ein Frieden, der nicht auf Gerechtigkeit, auf der Achtung der Freiheit des Individuums gegründet ist, eigentlich gar keiner ist. Er ist ein falscher Frieden“.¹²

Diese Vorgeschichte macht die insgesamt positive Haltung der Führung der tschechoslowakischen Diplomatie nach der Samtenen Revolution zu einer schnellen Vereinigung der beiden deutschen Staaten verständlich und mag erklären, warum die tschechoslowakische Position in

¹⁰ Dieser Kontext des Dokumentes ist heute nicht mehr ganz deutlich, zum Teil auch wegen der späteren scheinbaren Herauslösung und Dekontextualisierung eines Teils des Aufrufs in Dienstbiers Buch „Träumen von Europa“ (Samisdat 1986), das am meisten zur Verbreitung des Textes beitrug. Vgl. JIŘÍ DIENSTBIER, Snění o Evropě. Politický esej [Träumen von Europa. Ein politischer Essay], Praha 1990, S. 63 f. DERS., Träumen von Europa, Berlin 1991. Auszüge aus dem Buch publiziert auf Deutsch bereits vor 1989: DERS. Mit den Augen eines Mitteleuropäers. Eine Strategie für Europa, in: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 35 (1988), H. 4, S. 384–392.

¹¹ Kritische Edition der tschechischen Originalfassung des Prager Aufrufs in: Charta 77. Dokumenty 1977–1989 [Charta 77. Dokumente aus den Jahren 1977–1989], Bd. 2, hg. v. BLANKA ČÍSAŘOVSKÁ / VILÉM PREČAN, Praha 2007, S. 692–694. Die deutsche Übersetzung u. a. bei: GERD POPPE, Begründung und Entwicklung internationaler Verbindungen, in: Am Ende des realen Sozialismus, Bd. 3: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der DDR-Herrschaft, hg. v. EBERHARD KUERT, Opladen 1999, S. 374 f.

¹² Nichtautorisierte Mitschrift eines Gesprächszyklus Václav Havels mit Doktoranden der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Prag im Studienjahr 1999/2000, Gespräch am 14. Oktober 1999, Privatarhiv des Verfassers, der diesen Zyklus moderierte; verfügbar auch in der Václav Havel-Bibliothek Prag (*Knihovna Václava Havla*), Archiv.

dieser Frage von Anfang an wesentlich klarer und entgegenkommender war als beispielsweise die vorsichtige und abwartende Haltung Polens, von den Vorbehalten und Befürchtungen in Frankreich, Großbritannien oder der UdSSR ganz zu schweigen.¹³

Das durchaus positive Echo des Prager Aufrufs in den Dissidentenkreisen (trotz der divergierenden Meinungen protestierte keiner der Unterzeichner der Charta 77 nach der Veröffentlichung des Dokuments gegen seinen Inhalt) steht im Kontrast zu den lebendigen und emotionsbeladenen Debatten jener Zeit über die sogenannte Sudetendeutsche Frage. Das Verhältnis der Tschechen zu Deutschland und zu den Deutschen – „als Bestandteil unseres Schicksals, ja unserer Identität ... unserer Inspiration, unseres Schmerzes, Quelle der Traumata und vieler Vorurteile, aber auch [...] der Maßstäbe“ (Václav Havel)¹⁴ – wurde zweifellos zur zentralen Komponente der tschechoslowakischen/tschechischen Identität. Durch die tragischen Ereignisse der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (Münchener Abkommen von 1938, deutsche Okkupation der böhmischen Länder 1939–1945 sowie die Vertreibung und kollektive Entrechtung der Sudetendeutschen nach 1945) wurde dieses Verhältnis besonders schwer belastet.

Die ersten Ansätze eines freien Meinungsaustausches zu diesem Thema brachte erst das Jahr 1968. Das „Normalisierungsregime“ nach 1969 ließ die Diskussion wieder verstummen und schloss sie aus dem öffentlichen und fachlichen Diskurs aus. In Kreisen der unabhängigen tschechischen und slowakischen Intelligenz wurde sie jedoch wiedereröffnet, diesmal ohne jegliche Einschränkungen durch irgendeine offizielle Doktrin. In den bekannten „Thesen über die Aussiedlung der tschechoslowakischen Deutschen“ (*Tézy o vysídlení československých Němců*, 1978) kritisierte der slowakische Historiker Ján Mlynárik unter dem Pseudonym „Danubius“ die tschechoslowakische Gesellschaft dahingehend, dass sie das Thema Vertreibung ignoriere, und wies auf die bislang unzureichende Reflexion der moralischen, kulturellen und politischen Konsequenzen hin. Der Artikel Mlynáriks rief überwiegend ablehnende Reaktionen hervor,

¹³ Den aktuellen kurzen Überblick des Forschungsstandes zu diesem sonst vielleicht am besten aufgearbeiteten Kapitel der jüngsten Zeitgeschichte z. B. bei MICHAEL GEHLER / MAXIMILIAN GRAF, *Europa und die deutsche Einheit*, in: *Europa und die deutsche Einheit. Beobachtungen, Entscheidungen und Folgen*, hg. v. DENS., Göttingen 2017, S. 11–23.

¹⁴ Zitiert aus der Rede Václav Havels „Tschechen und Deutsche auf dem Wege zur guten Nachbarschaft“ (Karls-Universität Prag, 17. Februar 1995), in: *Rozhovory o sousedství. Cyklus projevů přednesených v Karolinu* [Gespräche mit dem Nachbarn. Ein Vortragszyklus aus dem Prager Karolinum], Praha 1997, S. 35–54.

wurde jedoch zum Anlass einer Diskussion, die trotz aller Veränderungen ihres äußeren und inneren Rahmens bis heute andauert.¹⁵

Ansonsten bzw. vor allem befassten sich die außenpolitischen Dokumente der Charta 77 mit den Fragen der Menschenrechte und deren zahlreichen Verletzungen in der Tschechoslowakei und in den anderen Ostblockländern. Insbesondere das Wiener KSZE-Folgetreffen (1986–1989) öffnete sich mehreren Impulsen und Anregungen von Seiten der inoffiziellen Menschenrechtsorganisationen und Initiativen aus den kommunistischen Staaten. Da die humanitäre Dimension des Folgetreffens zum wichtigen Bestandteil seiner Agenda werden sollte, beteiligten sich bereits im Vorfeld des Folgetreffens tschechoslowakische Menschenrechtskämpfer (wie z. B. Václav Havel, Václav Benda, Jaroslav Šabata, Jiří Dienstbier u. a.) an der Ausarbeitung des „Mailänder Aufrufs“, der bei dem internationalen Friedensforum in Mailand (Mai 1986) angenommen und als „Anregungspaket“ für das Wiener Nachfolgetreffen formuliert wurde.

In dem Prager Antrag wurde eine gewisse Krise des Helsinki-Prozesses festgestellt, u. a. seine „Hegemonisierung“ durch die beiden Großmächte, und im Geiste des früheren „Prager Aufrufs der Charta 77“ die Bildung einer blockübergreifenden „europäischen demokratischen Gemeinschaft“ gefordert.¹⁶ Die sogenannten nationalen Interessen wurden sowohl in den offiziellen als auch inoffiziellen außenpolitischen Konzeptpapieren damals nicht erwähnt: in das tschechische politische Vokabular kehrten sie – als Begriff (in viel breiterer Anwendungsweise als in den üblichen Theorien der internationalen Beziehungen) – erst am Anfang der 1990er Jahre zurück.¹⁷ Die Fragen des modernen Nationalismus bzw. der Kategorie der modernen tschechischen/slowakischen Nation wurden ausschließlich auf der akademischen Ebene bzw. in der „grauen Zone“ diskutiert. Richtungs-

¹⁵ Eine Reihe wichtiger Texte aus dieser Polemik erschien im Jahr 1990: Češi, Němci, odsun. Diskuse nezávislých historiků [Die Tschechen, die Deutschen und die Vertreibung. Diskussion unabhängiger Historiker], Praha 1990; FRANTIŠEK JEDERMANN [PETR PŘÍHODA], Ztracené dějiny [Verlorene Geschichte], Praha 1990; MILAN HÜBL, Češi, Slováci a jejich sousedé [Die Tschechen, die Slowaken und ihre Nachbarn], Praha 1990.

¹⁶ Die Einbeziehung der tschechoslowakischen Dissidenten wurde vermittelt durch das Berliner Europäische Netzwerk für den Ost-West-Dialog (Dieter Esche). Vgl. ČISAŘOVSKÁ / PREČAN, Charta 77, Dokument Nr. D333 vom 25. April 1986, S. 768–774.

¹⁷ Die offizielle Publikation des regierungsnahen Prager Institutes für internationale Beziehungen (*Ústav mezinárodních vztahů*) zu diesem Thema wurde in ihrem Titel noch 1992 mit einem Fragezeichen versehen: JIŘÍ VALENTA u. a., Máme národní zájmy? [Haben wir nationale Interessen?], Praha 1992.

weisend waren in der tschechischen Debatte die Texte und Studien der bekannten Historiker Miroslav Hroch, Otto Urban und Jiří Kořalka, in den Dissidentenkreisen hauptsächlich diejenigen von Petr Pithart, Petr Příhoda und Milan Otáhal. Ein Versuch der letztgenannten in Form einer selbstkritischen, dekonstruktiven Reflexion über die „Tschechen in der Geschichte der neuen Zeit“ löste heftige Debatten aus.¹⁸

Vor dem Hintergrund der ersten inoffiziellen außenpolitischen Visionen wurde unauffällig auch die Frage der Neukonstituierung des tschechisch-slowakischen Verhältnisses bzw. nach dessen verfassungsrechtlicher Revision aufgeworfen. Der prominente slowakische Dissident (später auch slowakische Ministerpräsident) Ján Čarnogurský skizzierte in seinem Essay „Erneut Mitteleuropa“ bereits vor dem Fall des kommunistischen Regimes das Bild der künftigen Slowakei als eines eigenständigen Faktors der europäischen bzw. mitteleuropäischen Politik.¹⁹ Das Tschechoslowakismus-Konzept, d. h. das in der Zwischenkriegszeit auch von Tomáš Garrigue Masaryk und Edvard Beneš geförderte Konstrukt einer „tschechoslowakischen Nation“ mit zwei sprachlichen Zweigen (einem tschechischen und einem slowakischen), wurde bereits während des Zweiten Weltkrieges stillschweigend verlassen; auch die Kommunisten haben sich mit ihm kritisch auseinandergesetzt und es als „typisch bürgerliches“

¹⁸ PODIVEN [PETR PITHART / PETR PŘÍHODA / MILAN OTÁHAL], *Češi v dějinách nové doby. Pokus o zrcadlo* [Die Tschechen in der Geschichte der neuen Zeit. Versuch eines Spiegelbilds], Praha 1991. Deutsche überarbeitete und ergänzte Ausgabe: DIES., *Wo ist unsere Heimat? Geschichte und Schicksal in den Ländern der böhmischen Krone*, München 2003.

¹⁹ JÁN ČARNOGURSKÝ, *Znovu stredná Európa* [Erneut Mitteleuropa], in: DERS., *Videné od Dunaja* [Von der Donau gesehen], Bratislava 1997, S. 95–102. Schon einige Monate nach der politischen Wende (Oktober 1990) rechnete Čarnogurský, damals stellvertretender slowakischer Ministerpräsident, auf lange Sicht nicht mit einem Fortbestand der Tschechoslowakei. Nachdem man gemeinsam die Verleihung der „Europäischen Sternchen“, also den Beitritt der Tschechoslowakei zur Europäischen Gemeinschaft, erreicht hätte, hätten sich nach Čarnogurskýs Vorstellungen die beiden Staaten trennen sollen oder gegebenenfalls in sehr loser Verbindung zusammen bleiben sollen: „Wenn wir zur Zeit mehrere Stimmen vernehmen, wonach die Republik für sich nur einen Sessel am Tisch der Europäischen Gemeinschaft verlangt, so kann die Antwort [...] nur lauten, dass wir für die Republik zwei Sessel sowie zwei Sternchen in der europäischen Flagge fordern, damit die Slowakei ihren eigenen Sessel, ihren eigenen Stern hat. Dasselbe gilt selbstverständlich für die Tschechische Republik. Wir wollen für die Republik nicht weniger, wir wollen mehr für die Republik.“ DERS., *O národnej línii* [Über die nationale Linie], in: *Slovenský denník*, 12.10.1990, zitiert nach: DERS., *Videné od Dunaja*, S. 221–228, hier S. 224.

Konzept gebrandmarkt.²⁰ Die slowakischen autonomistischen Bemühungen, auch innerhalb der kommunistischen Partei, wurden jedoch wiederholt als Ausdruck des „slowakischen bürgerlichen Nationalismus“ bezeichnet, einige kommunistische Funktionäre oder Literaten wurden als dessen vermeintliche Wegbereiter verhaftet bzw. im Jahre 1954 sogar zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt (wie deren „Anführer“ Gustáv Husák).

Den Wendepunkt stellte auch hier das Jahr 1968 dar: die Föderalisierung der Tschechoslowakei zum 1. Januar 1969 kann man als einzige verbliebene Errungenschaft des Prager Frühlings betrachten. Für die Folgezeit war jedoch eine asymmetrische Umsetzung des Föderalismusprinzips auch in den kommunistischen Parteistrukturen charakteristisch: im Rahmen der KSČ existierte schon seit 1945 die Kommunistische Partei der Slowakei (KSS), die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens entstand jedoch – trotz des Gründungsversuchs im Jahre 1969 – erst nach 1989.

Eine ähnliche Asymmetrie existierte auch in der Organisation von Wissenschaft und Forschung – neben der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften (ČSAV) funktionierte parallel auch die Slowakische Akademie der Wissenschaften (SAV). Den langwierigen Entstehungsprozess der genuin tschechischen Institutionen kann man jedoch mit der stärkeren Identifizierung der Tschechen mit dem tschechoslowakischen Staatskonstrukt, in dem sie immer eine Majorität darstellten, erklären. Die außenpolitischen Kompetenzen wurden im entsprechenden Verfassungsgesetz ausschließlich der Föderation zugewiesen, nach 1969 wurde jedoch viel mehr auf die Proportionalität unter den Diplomaten tschechischer bzw. slowakischer Abstammung geachtet. Mit der wiedergewonnenen Freiheit im Jahre 1989 zeigte sich sehr schnell, dass die in den Jahren 1968–69, mit der Duldung Moskaus, „von oben“ errichtete Föderation ein ziemlich brüchiges und unter den demokratischen Verhältnissen kaum funktionsfähiges Konstrukt war.²¹

²⁰ JAN RYCHLÍK, *Češi a Slováci ve 20. století. Spolupráce a konflikty 1914–1992* [Tschechen und Slowaken im 20. Jahrhundert. Zusammenarbeit und Konflikte 1914–1992], Praha 2012, S. 233–416, sowie weitere ältere Veröffentlichungen dieses Autors. Vgl. auch MICHAL MACHÁČEK, *Gustáv Husák*, Praha 2017, S. 239–316.

²¹ RYCHLÍK, *Češi a Slováci*, S. 533–564.

2. Die außenpolitische Identität mit dem Bindestrich (1989–1992)

Zwar schien einerseits die „samtene“ Implosion des hiesigen kommunistischen Regimes viel schneller als in Polen oder Ungarn zu verlaufen, andererseits war sie phasenverschoben: die Schlüsselereignisse spielten sich erst nach dem 17. November 1989 ab. Auch aus diesem Grund wurden sie gelegentlich als der unmittelbare und ansonsten letzte kollaterale Effekt des Berliner Mauerfalls wahrgenommen, als überall sonst schon alles Wichtige „erkämpft“ worden war – natürlich mit Ausnahme von Rumänien. Die friedliche Machtübergabe bestimmte, trotz der Widersprüchlichkeit und Eigendynamik dieses Prozesses, eine verhältnismäßig lange Etappe der Kohabitation der alten und neuen Machtstrukturen. Diese wurde bis 1992 durch das eigenartige politische Trio Václav Havel (Präsident der Republik), Marián Čalfa (Ministerpräsident der Föderation bis 1992, schon ab 1988 Mitglied des früheren kommunistischen Kabinetts Ladislav Adamec) und Alexander Dubček als Symbolfigur des Prager Frühlings 1968 (Vorsitzender des föderalen Parlaments) verkörpert. Bei der Neubesetzung der höchsten Staatsämter auf der föderalen Ebene wurden die nationalen Befindlichkeiten sehr genau wahrgenommen: die Wahl des Tschechen Havel zum Staatsoberhaupt wurde durch die Wahl des Slowaken Dubček zum Parlamentspräsidenten bzw. durch die Ernennung des Slowaken Čalfa zum Ministerpräsidenten austariert.²²

Bereits Ende Dezember 1989 zeigte sich jedoch klar, dass die Suche nach einer Neugestaltung der Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken, d. h. nach der neuen verfassungskonformen Regelung dieses Verhältnisses, zu einem integralen Bestandteil der erforderlichen demokratischen Transformation werden musste. Die Repräsentanten der neuen demokratischen politischen Subjekte (*Občanské fórum*, Bürgerforum in Tschechien bzw. *Verejnosť proti násiliu*, Öffentlichkeit gegen Gewalt in der Slowakei) sprachen damals nur ganz allgemein über die „authentische, selbstorganisierte, subsidiär verfasste Föderation“ der Tschechen und Slowaken. Die Ergebnisse dieses schwierigen Suchprozesses, der im Vergleich zu Polen und Ungarn (aber auch der späten DDR) eine zusätzliche Transformationsbelastung darstellte, sind gut bekannt: zum 1. Januar 1993 erfolgte die „samtene“ Aufteilung der Tschechoslowakei in eine

²² Vgl. u. a. Jiří SUK, *Labyrintem revoluce. Aktéři zápletky a křižovatky jedné politické krize (od listopadu 1989 do června 1990)* [Durch das Labyrinth der Revolution. Akteure, Verwicklungen und Kreuzwege einer politischen Krise (vom November 1989 bis zum Mai 1990)], Praha 2009, S. 110–252; RYCHLÍK, Češi a Slováci, S. 565–577.

selbständige Tschechische bzw. Slowakische Republik. Beide Länder betrachteten sich übereinstimmend als Nachfolgestaaten der ehemaligen Tschechoslowakei, d. h. im Verhältnis zum Ausland bemühten sie sich – mit Erfolg – um die fließende Sukzession des bestehenden völkerrechtlichen Vertragswerks der aufgelösten Föderation (wenn auch die Verhandlungen über die Sukzession und Revision des Vertragswerkes sich in manchen Fällen über mehrere Jahre hinstreckten).²³

Ein vielsagendes Zeugnis über die letzten Sekunden der tschechoslowakischen Föderation – auch im Hinblick auf die komplizierte nationale und staatliche Identitätssuche der sich neu konstituierenden Nachfolgestaaten – legt die Aufzeichnung der letzten Übertragung des „föderalen“, öffentlich-rechtlichen Fernsehkanals F1 ab. Auf den ersten Blick war an dem Programm, das Silvester 1992 über die tschechoslowakischen Bildschirme flimmerte, nichts Besonderes: Nach der üblichen Abfolge mehr oder weniger gelungener Unterhaltungsprogramme näherte sich Mitternacht und auf den Fernsehschirmen erschienen (erneut) Politiker. Dieses Mal handelte es sich um die verfassungsmäßig höchsten Repräsentanten der zu Ende gehenden Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik (so hieß die Tschechoslowakei nach dem sogenannten Bindestrich-Krieg im April 1990, siehe auch unten), den Tschechen Jan Stráský und den Slowaken Michal Kováč. Sie wünschten den tschechoslowakischen Bürgern ein glückliches neues Jahr – und legten den neuen unabhängigen Nationalstaaten die allerbesten Wünsche mit in die Wiege. Ein allerletztes Mal erklang die tschechoslowakische Hymne, zum letzten Mal konnten sich die Zuschauer an der Silhouette der Prager Burg und der Hohen Tatra und damit an jener semantischen Einheit erfreuen, die man über 60 Jahre lang für selbstverständlich gehalten hatte.²⁴

Schon einige Sekunden später, am 1. Januar 1993, befand sich die Hohe Tatra für die Tschechen im Ausland, ebenso wie der von Josip Plečnik geschaffene „Slowakische Brunnen“, der sich im Wallgarten auf der Prager Burg befindet, zum Artefakt einer lebendigen, aber bereits abgeschlossenen Geschichte wurde. Selbst der überschaubaren Menschenmenge auf den Straßen in Prag und Bratislava gelang es nicht, dieses historische Datum besonders überzeugend zu feiern, ebenso wenig haben die Unabhängigkeitsfeuer bei vielen Slowaken und Slowakinnen Euphorie ausge-

²³ DANIELA DRTINOVÁ, *Sukcese do smluv a rozpad ČSFR* [Sukzession in völkerrechtliche Verträge und Zerfall der ČSFR], in: *Mezinárodní vztahy* 32 (1997), H. 4, S. 57–61.

²⁴ Die Videoaufzeichnung ist im Archiv des Tschechischen Fernsehens (ČT) in Prag verfügbar, <https://www.youtube.com/watch?v=ycWSB4WKjPo> (Zugriff: 08.03.2021).

löst. Gegen Morgen dann hieß der Vorsitzende des tschechischen Parlaments, der Dichter Milan Uhde, den neuen Staat lakonisch mit den Worten „Guten Tag, Tschechische Republik!“ willkommen.²⁵

Ruft man sich diese Details aus den letzten Augenblicken der Existenz der Tschechoslowakei in Erinnerung, so erscheinen sie für vieles charakteristisch: Die „samtene Scheidung“ der Tschechen und Slowaken wurde in Wirklichkeit sehr schnell vollzogen und unter dem Aspekt der „politischen Chirurgie“ galt der Eingriff auch als gelungen. Allerdings war man zuvor, als man die Diagnose stellte, dass die Föderation krank sei, nicht wirklich einhelliger Meinung gewesen. Auch war man sich nicht sicher gewesen, ob dieser therapeutische Eingriff durch die Sieger der Wahlen 1992 – der Demokratischen Bürgerpartei (*Občanská demokratická strana*, ODS) von Václav Klaus und Mečiar's Bewegung für eine demokratische Slowakei (*Hnutí za demokratické Slovensko*, HZDS) – überhaupt nötig sei.

Die tschechische und slowakische Öffentlichkeit wurde mehrheitlich von der Geschwindigkeit der eingetretenen staatsrechtlichen Trennung überfahren. Noch im Herbst 1992 meinten 50 Prozent der Bevölkerung der Tschechischen Republik, dass der Zerfall des gemeinsamen Staates unausweichlich sei, in der Bevölkerung in der Slowakei lag der Prozentsatz bei 40 Prozent (!). Es gibt mehrere Belege dafür, dass die politischen Akteure nur unzureichend legitimiert waren, die Tschechoslowakei zu demontieren. Darüber hinaus, in diesem Punkt kann man dem Politologen Karel Vodička nur zustimmen, kann man „die Ansicht, dass sich eine Teilung nicht mehr vermeiden lässt, keinesfalls mit dem Willen zur Teil-

²⁵ Lidové noviny, 02.01.1993. Zur Teilung der Tschechoslowakei vgl. vor allem JAN RYCHLÍK, *Rozpad Československa. Česko-slovenské vztahy 1989–1992* [Der Zerfall der Tschechoslowakei. Tschechisch-slowakische Beziehungen 1989–1992], Bratislava 2002; VLADIMÍR SRB / TOMÁŠ VESELÝ, *Rozdělení Československa. Nejvyšší představitelé HZDS a ODS v procesu rozdělování ČSFR: česko-slovenské soužití v letech 1989–1993* [Die Teilung der Tschechoslowakei. Die höchsten Repräsentanten der HZDS und ODS im Teilungsprozess der ČSFR: tschechisch-slowakisches Zusammenleben 1989–1992], Bratislava 2004; ERIC STEIN, *Czechoslovakia. Ethnic Conflict, Constitutional Fissure, Negotiated Breakup*, Michigan 1997; MAYA HERTIG, *Die Auflösung der Tschechoslowakei. Analyse einer friedlichen Staatsteilung*, Basel u. a. 2001. Einen grundlegenden Überblick über die Chronologie der Ereignisse (mit Zitaten aus den wichtigsten Dokumenten in deutscher Übersetzung) bieten die Berichte zur Entwicklung von Staat und Recht in der ČSSR (ab 1990: in der ČSFR) bzw. ab 1993 die Berichte zu Staat und Gesellschaft in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik, die vierteljährlich vom Münchner Collegium Carolinum im Auftrag des Bonner bzw. des Berliner Auswärtigen Amtes bis 2005 herausgegeben wurden.

lung gleichsetzen, wie das einige Politiker und Journalisten getan haben“.²⁶ Die Bedenken und Fragen dieser Art bezogen sich nicht nur auf die Teilung des Staates, sie widerspiegelten auch das zunehmende Misstrauen der Bürger gegenüber der Richtung, in die es politisch und wirtschaftlich nach dem November 1989 gehen sollte. Es handelte sich in ihren Augen um die erste folgenschwere und offensichtliche politische „Havarie“ der Anfangsphase des Transformationsprozesses: nämlich das Misslingen der Umformung der Husák'schen, von oben aufoktrozierten sozialistischen Föderation in jene oft proklamierte „authentisch-demokratische Föderation“ oder einen „Bund zweier gleichberechtigter Nationen und Nationalitäten“, wie es schon in den ersten programmatischen Grundsatzserklärungen des Bürgerforums im November 1989 postuliert wurde.²⁷

Bei der retrospektiven Betrachtung der Ereignisse der Jahre 1989 bis 1992 sehen wir jedoch, dass ein solches Vorhaben für die neuen, politisch unerfahrenen Eliten der unmittelbaren Nachwendezeit kaum zu meistern war. Während der ersten Woche der „Samtenen Revolution“ in Prag und Bratislava standen staatsrechtliche Fragen nicht im Vordergrund; die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit konzentrierte sich vor allem auf die brutale Unterdrückung der Studentendemonstrationen durch die kommunistische Polizei und in der Folge auf die noch sehr vage formulierten Forderungen nach einer Demokratisierung des öffentlichen Lebens (Abschaffung der führenden Rolle der kommunistischen Partei, freie Wahlen, später auch die Einführung der Marktwirtschaft).

²⁶ KAREL VODIČKA, *Koaliční ujednání: rozdělíme stát! Volby '92 a jejich důsledky pro československou státnost* [Koalitionäres Einvernehmen: Wir werden den Staat aufteilen! Die Wahl '92 und ihre Konsequenzen für die tschechoslowakische Staatlichkeit], in: *Rozloučení s Československem. Příčiny a důsledky československého rozchodu* [Abschied von der Tschechoslowakei. Die Ursachen und Konsequenzen des tschecho-slowakischen Auseinandergehens], Praha 1993, hg. v. RÜDIGER KIPKE / KAREL VODIČKA, S. 83–116, hier S. 101.

²⁷ *Co chceme. Programové zásady Občanského fóra* (26. listopad 1989) [Was wir wollen. Die programmatischen Leitlinien des Bürgerforums (26. November 1989)], in: *Deset pražských dnů* (17.–27. listopad 1989). Dokumentace [Zehn Prager Tage (17.–27. November 1989). Eine Dokumentation], hg. v. MILAN OTÁHAL / ZDENĚK SLÁDEK, Praha 1990, S. 503–506, hier S. 504; *Občanské fórum. Listopad-prosinec 1989, 2. díl: dokumenty* [Das Bürgerforum. November–Dezember 1989, 2. Teil: Dokumente], hg. v. JIŘÍ SUK, Praha / Brno 1998, S. 33–35, 39. In den ersten revolutionären Tagen entstand auch – absolut inoffiziell – der erste Verfassungsentwurf aus der Feder des tschechischen Bürgerforums (*Občanské fórum*), der – im Versuch den slowakischen Vorstellungen entgegenzukommen – eine deutliche Stärkung der Rolle der Republiken vorsah. Es ist bezeichnend, dass die tschechische Presse – im Unterschied zur slowakischen – über diesen Entwurf in der Revolutionseuphorie nicht berichtete.

In der Slowakei war jedoch die Frage nach ihrer zukünftigen Stellung gleich von Beginn an ein Thema, obwohl sie nicht immer an erster Stelle stand: Auch in Bratislava spielte sich der November noch unter tschechoslowakischen Flaggen ab. In den darauf folgenden Wochen stand dieses Thema dann freilich immer öfter auf der Tagesordnung: Mit der Berufung Václav Havels in die Funktion des tschechoslowakischen (föderalen) Präsidenten wurden dann nicht nur ziemlich barsch die Ambitionen des Slowaken Alexander Dubček, der ein Symbol des Prager Frühlings war, unterbunden, es wurde somit auch ein Zeichen gesetzt, das eine Reihe von Slowaken verstimmte. Es scheint, dass die Tschechen in der Führung des Bürgerforums von Anfang an unterschätzten, wie komplex und sensibel die slowakische Frage war. Das spiegelte sich auch in der Planung der ersten Reisen des neu gewählten Präsidenten Havel wider. So führte seine erste Reise nicht nach Bratislava, sondern nach Berlin und München – eine Geste, die ihm (nicht nur) von slowakischer Seite wiederholt vorgeworfen wurde. Streng gesehen fehlte es dieser Kritik allerdings an einer rationalen Grundlage: Die Slowakei war ja noch nicht Ausland und die Reise nach Deutschland war die erste „Auslandsreise“.²⁸

Für die Öffentlichkeit wurden die unterschiedlichen Auffassungen von staatsrechtlichen Fragen zwischen den tschechischen und slowakischen Politikern während des sogenannten Bindestrichkriegs auf dem Boden der Föderalen Versammlung (d. h. des föderalen Parlaments) am deutlichsten. Im Januar und Februar 1990 sollte dort über die neue Bezeichnung des Staates und über die neuen Staatssymbole entschieden werden. Auf der gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern am 23. Januar 1990 schlug Präsident Václav Havel – ohne vorherige Absprache mit den einzelnen politischen Akteuren – die Wiedereinführung der Bezeichnung „Tschechoslowakische Republik“, die bis 1960 gegolten hatte, vor (das Adjektiv „sozialistisch“ sollte natürlich weggelassen werden).

Gegen diese Bezeichnung sprach sich ein beträchtlicher Teil der slowakischen Abgeordneten und der slowakischen Öffentlichkeit aus. Diese forderten, dass in die verschiedenen Varianten des Staatsnamens ein Bindestrich eingefügt werden sollte (z.B. Tschecho-Slowakei); dadurch sollte die Gleichberechtigung beider Nationen ausgedrückt bzw. auch die Slowakei

²⁸ Vgl. als grundlegende Quellenedition zu den tschechisch-slowakischen Beziehungen (beinhaltet auch wichtige Texte der slowakischen Dissidenten aus der Zeit vor 1989) November 1989 a Slovensko. Chronológia a dokumenty (1985–1990) [Der November 1989 und die Slowakei. Chronologie und Dokumentation (1985–1990)], hg. v. JOSEF ŽATKULIAK, Bratislava 1999; RYCHLÍK, Rozpad Československa, S. 67–90.

„sichtbarer“ gemacht werden. Diese Forderung schien allerdings dem tschechischen Teil unannehmbar, vor allem auf Grund der immer noch starken historischen Erinnerung an die sogenannte Zweite Republik, die diese Bezeichnung nach der Unterzeichnung des Münchener Abkommens trug (bis die böhmischen Länder am 15. März 1939 von Deutschland besetzt wurden).

Die Debatte um die Bezeichnung des Staates wurde sehr emotional geführt und zog sich bis zum 20. April 1990 hin, als die Föderale Versammlung schlussendlich als Kompromisslösung die Bezeichnung „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“ (kurz ČSFR) verabschiedete. Die inoffizielle Bezeichnung „Tschechoslowakei“ konnte im Tschechischen auch weiterhin als ein Wort verwendet werden, auf Slowakisch wurde empfohlen, die Variante mit dem Bindestrich zu verwenden. Wie die darauffolgende Entwicklung zeigte, war der „Bindestrichkrieg“ nur der Auftakt zu langwierigen und niemanden wirklich zufrieden stellenden staatsrechtlichen Verhandlungen, deren Ergebnis die vollständige Teilung der Tschechoslowakei war.²⁹

Charakteristisch für die Entwicklung der Jahre 1990 bis 1992 war das stufenweise „Hinausmanövrieren“ der föderativen Organe (des Präsidenten Havel, der föderalen Regierung, der Föderalen Versammlung) aus den staatsrechtlichen Verhandlungen und ihre fast vollständige Weiterleitung auf das Niveau der Nationalregierungen und Nationalparlamente (Tschechischer und Slowakischer Nationalrat). Es zeigte sich, dass die politischen Repräsentanten immer weniger fähig und willens waren, zu einem annehmbaren und funktionierenden Kompromiss zu gelangen.

Unter diesen Umständen erreichte man natürlich nur dürftige Ergebnisse: Es gelang nicht, Konturen einer Neuordnung zu bestimmen, stattdessen einigte man sich als Kompromiss auf das Verfassungsgesetz Nr. 556/1990 Slg., volkstümlich auch das „Spätzle-Gesetz“ genannt (zur Erinnerung daran, dass bei einer geselligen Feier nach Verabschiedung des Gesetzes die Abgeordneten aller Nationalitäten dieses in der Slowakei besonders beliebte Gericht direkt im Sitzungssaal verspeist hatten). Das Gesetz beschnitt die Kompetenzen der föderativen Organe zwar beträchtlich, stellte aber keinesfalls ein funktionsfähiges Ganzes dar. Von Anfang an war klar, dass es sich dabei nur um einen kurzfristigen Kompromiss

²⁹ RYCHLÍK, Rozpad Československa, S. 111–124. Detailliert bei: MILAN ŠÚTOVEC, *Semióza jako politikum alebo „Pomlčková vojna“* [Die Semiöse als Politikum oder der „Bindestrichkrieg“], Bratislava 1999.

handeln konnte.³⁰ Trotz des fortschreitenden Erosionsprozesses bemühte sich die neue tschechoslowakische Außenpolitik und ihre wichtigsten Akteure (Präsident Václav Havel, Vizepremier und Außenminister Jiří Dienstbier, Premier Marián Čalfa und Parlamentspräsident Alexander Dubček) ihre Konzeption und ihre praktische Umsetzung auf der Basis des immer noch existierenden gemeinsamen Staates aufzubauen. In der Tat gelang es ihr, insbesondere in den Jahren 1990–91, ein durchaus positives außenpolitisches Image der Tschechoslowakei zu pflegen, die Annäherung an die westlichen Sicherheits- und Integrationsstrukturen zu initiieren und eine aktive regionale Politik zu betreiben.

Die außenpolitischen Eliten der „postrevolutionären“ Tschechoslowakei waren durch ein großes Maß an Kontinuität mit der vorausgegangenen Periode geprägt. Lassen wir die Schlüsselfigur von Václav Havel außen vor, so gelangten mit dem neuen Außenminister (Jiří Dienstbier) und seinen nächsten Mitarbeitern (Luboš Dobrovský, Jaroslav Šedivý, Jiří Hájek, Rudolf Slánský Jun., Rita Klímová, Čestmír Císař u. a.) die „Achtundsechziger“ in den tschechoslowakischen auswärtigen Dienst, d. h. auch diejenigen, die zuvor innerhalb der Dissidentenbewegung die wichtigsten außenpolitischen Dokumente der Charta 77 formuliert hatten. Eher pragmatisch arbeiteten sie dann mit den Diplomaten des alten Regimes zusammen, die oftmals in der Elite-Kaderschmiede der Sowjetdiplomatie MGIMO (Moskau) ausgebildet worden waren. Auch der letzte kommunistische Außenminister Jaromír Johanes musste den Czernin-Palast nicht verlassen und wechselte zum Sonderberater Jiří Dienstbiers.

Prägend und richtungsweisend waren jedoch die neuen, manchmal auch dilettierenden, doch mit frischem demokratischen Elan agierenden Quereinsteiger, die aus diversen Milieus stammten, vor allem aus den vielfältigen Dissidenten- (so der langjährige Staatssekretär Alexander Vondra oder der Schriftsteller Jiří Gruša), Künstler- und Schauspieler- (Magda Vašáryová und Martin Stropnický) sowie Exilkreisen (Egon Lánský, Otto Pick). Auch einige Mitglieder der traditionellen böhmischen adeligen Familien konnte man für die tschechoslowakische Diplomatie in dieser Umbruchsphase gewinnen (Karel Schwarzenberg, Richard Belcredi, später

³⁰ DAVID M. OHLSON u. a., První volební období demokratického parlamentu v ČSFR: Federální shromáždění 1990–1992 [Die erste Sitzungsperiode des demokratischen Parlaments in der ČSFR: Die Föderalversammlung 1990–1992], in: Právník (1993), H. 2, S. 125–140; HERTIG, Die Auflösung der Tschechoslowakei, S. 186–196; RYCHLÍK, Rozpad Československa, S. 164–167.

auch Michal Lobkowicz).³¹ Die ersten außenpolitischen Konzepte knüpften an die älteren Überlegungen und Diskussionen innerhalb des politischen Dissidententums an; repräsentativ fasste sie bereits das Buch von Jiří Dienstbier „Snění o Evropě“ (Träumen von Europa, 1986) zusammen.³² In der langfristigen Perspektive sahen sie die Zukunft des Landes in einem vereinigten Europa sowie in einem neuen, auf dem Helsinki-Prozess basierenden internationalen Sicherheitsraum (mit der parallelen Auflösung der NATO und des Warschauer Paktes als Residuen des Kalten Krieges) voraus.

Diese Überlegungen charakterisierte am deutlichsten das tschechoslowakische Memorandum an die Botschafter der Signatarländer der KSZE vom 6. April 1990: darin machte die Tschechoslowakei den Vorschlag, eine europäische Sicherheitskommission (sozusagen einen europäischen „Sicherheitsrat“) zu schaffen, die aus Vertretern der Signatarländer der KSZE zusammengesetzt sein sollte.³³ Die neue Tschechoslowakei sollte zum aktiven Mitglied der internationalen Gemeinschaft werden, insbesondere in demjenigen Bereich, wo früher die größten Defizite zu verzeichnen gewesen waren: bei den Menschen- und Bürgerrechten. Doch die außenpolitische Umsetzung der „unpolitischen Politik“ der Charta 77 wurde nicht – und konnte das offensichtlich nicht – exakt ausformuliert. „Unser Staat“ – so Václav Havel bald nach der Wende vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarates am 10. Mai 1990 –

„hat keine staatliche Ideologie [...]. Die einzige Idee, die er in seiner Innen- und Außenpolitik zugrunde legen möchte, ist die Idee der Achtung der Menschenrechte im weitesten Sinne des Wortes und die Ehrfurcht vor der Einmaligkeit des menschlichen Wesens“.³⁴

Das zeigte sich auch in Havels Rede vor dem US-Kongress am 21. Februar 1990 – „Die Rettung dieser menschlichen Welt ist nirgendwo anders als im menschlichen Herzen, in der menschlichen Vernunft, menschlichen

³¹ Vgl. u. a. RADKO BRÄCH, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung“, Baden-Baden 1992; JIŘÍ DIENSTBIER, *Od snění k realitě. Vzpomínky z let 1989–1999* [Vom Träumen zur Wirklichkeit. Erinnerungen aus den Jahren 1989–1999], Praha 1999; JAROSLAV ŠEDIVÝ, *Černínský palác v roce nula. Ze zákulisí polistopadové zahraniční politiky* [Der Czerninpalast im Jahre Null. Hinter den Kulissen der Außenpolitik nach dem November], Praha 1997.

³² DIENSTBIER, *Snění o Evropě*.

³³ *Československá zahraniční politika. Dokumenty* [Tschechoslowakische auswärtige Politik. Dokumente], 4–6 (1990), S. 155–157.

³⁴ VÁCLAV HAVEL, *Projevy z let 1990–1992. Letní přemítání* [Reden aus den Jahren 1990–1992. Die Sommermeditationen], Praha 1999, S. 137–157.

Demut und menschlichen Verantwortung“ –, die jedoch einen mahnenden Appell beinhaltete, der auch die Realitätsnähe des vermeintlichen „Idealisten“ Havel gut charakterisiert: „Wenn Sie uns in der Tschechoslowakei helfen wollen, dann helfen Sie zuerst der Sowjetunion“. ³⁵

Zwar wurde diese medienwirksame, später als allzu „idealistisch“ bezeichnete Phase der tschechoslowakischen Außenpolitik mit den neuen Realitäten konfrontiert (Zerfall der Sowjetunion und Jugoslawiens, Golfkrieg u. a.) und diesen auch allmählich angepasst, doch rechneten die damaligen mittel- und langfristigen Konzepte jedenfalls mit der Fortexistenz der Tschechoslowakei als einem einheitlichen (wenn auch föderalen) Staatswesen. Diese vom Prager Zentrum betriebene Diplomatie gelangte im Laufe der Zeit ins unaufhebbare Spannungsverhältnis zu den immer mehr divergierenden, genuin slowakischen außenpolitischen Vorstellungen und den Ambitionen der dortigen politischen Repräsentanz. Diese Ambitionen verfestigten sich sehr bald in der institutionellen Form eines selbständigen, wenn auch mit dem föderalen Außenamt kooperierenden slowakischen Ministeriums für auswärtige Beziehungen in Bratislava (errichtet *de facto* verfassungswidrig noch vor der Annahme des schon erwähnten Kompetenzgesetzes vom Dezember 1990), das jedoch auf der tschechischen Seite keine vergleichbare Parallele hatte.

Um ein denkbare Chaos zu vermeiden, wurde als Kompromisslösung im November 1990 ein Abkommen zwischen den Vertretern der Föderation und beider Teilrepubliken vereinbart, das eine „geteilte völkerrechtliche Subjektivität“ präziserte und – inspiriert u. a. vom deutschen Lindauer Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und deren Ländern von 1957 – gewisse außenpolitischen Kompetenzen an die tschechische bzw. slowakische Nationalregierung übertrug. ³⁶ Somit wurde die tschechoslowakische Außenpolitik Schritt für Schritt eher „multifokal“ und weniger lesbar, was sich übrigens auch im föderalen Parlament bei der Verhandlung einiger wichtiger internationaler Verträge und Abkommen zeigte. So formulierten z. B. die zahlreichen slowakischen Politiker ihre Vorbehalte in Bezug auf den neuen Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland über gute Nachbarschaft

³⁵ Ebd., S. 59–72. Vgl. BŘACH, Die Außenpolitik der Tschechoslowakei, S. 20 f.

³⁶ MIROSLAV KUNŠTÁT, V siločarách nové strednej Európy. Koncepcie a tvorba zahraničnej politiky Slovenskej republiky v prvom desaťročí jej existencie [Im Kräftefeld des neuen Mitteleuropas. Konzepte und Umsetzung der Außenpolitik der Slowakischen Republik im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens], in: Střed – Centre. Journal for Interdisciplinary Studies of Central Europe in the 19th and 20th Centuries, 2010, H. 2, S. 82–118, hier 84 f.

und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 27. Februar 1992, einen der neuen „Ostverträge“, die das vereinigte Deutschland bilateral, nach dem Abschluss des Zwei-plus-Vier-Vertrages (September 1990), mit der UdSSR, Polen und der Tschechoslowakei verhandelt hatte.

Insbesondere derjenige Teil der Präambel („in Anerkennung der Tatsache, dass der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat“), in dem die ununterbrochene rechtliche Kontinuität der Tschechoslowakei – und damit auch die Rechtmäßigkeit der Londoner Exilregierung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges – festgestellt wurde, stieß auf Kritik seitens der höchsten slowakischen Politiker, d. h. des damaligen slowakischen Premierministers Ján Čarnogurský sowie des Parlamentspräsidenten František Mikloško. Ihnen zufolge würde dieser Passus die historische Existenz des selbständigen slowakischen Staates in den Jahren 1939 bis 1945 völlig ignorieren. Zwar wurde der Vertrag in der Föderalversammlung letztendlich angenommen, die aufgeregte Debatte unter den slowakischen Abgeordneten zeigte jedoch klar, dass sich die überspannten nationalen Befindlichkeiten im letzten Jahr der Existenz der Föderation auch in den zentralen Bereichen der neuen tschechoslowakischen Außenpolitik deutlich negativ auswirkten.³⁷

Die fortschreitende Schmälerung der föderalen Kompetenzen, die Überlegungen über den Übergang zu konföderativen (näher jedoch kaum definierten) Strukturen bzw. über die vollständige Teilung des gemeinsamen Staates widerspiegeln die tieferen Prozesse der nationalen und staatlichen Neudefinierung und Emanzipation, insbesondere auf der slowakischen Seite. Es handelte sich dabei nicht um einen linearen Prozess, darüber hinaus spielten auch die ersten Misserfolge und Defizite der tschechoslowakischen Transformation eine Rolle, vor allem im wirtschaftlichen Bereich. So führte z. B. die allzu schnelle Konversion der slowakischen Rüstungsindustrie (verbunden mit rasantem Personalabbau) zum schnellen Anstieg der Arbeitslosigkeit in den sonst eher strukturschwachen ländlichen Regionen.³⁸

³⁷ DERS., *Germany and The Czech Republic*, in: *Germany and East Central Europe since 1999*, hg. v. VLADIMÍR HANDL u. a., Prague 1999, S. 233–252, hier S. 237–240.

³⁸ So äußerten schon Ende 1990 in der Umfrage des AISA-Instituts nur 33 Prozent der slowakischen Bevölkerung „Zufriedenheit mit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung“ der Tschechoslowakei (im tschechischen Teil der Föderation betrug dieser Anteil immer noch 47 Prozent). *Lidové noviny*, 18.01.1991, S. 1; siehe auch LENKA KALINOVÁ, *Konec nadějím a nová očekávání. K dějinám české společnosti 1969–1993* [Ende der Hoffnungen und neue Erwartungen. Zur Geschichte der tschechischen Gesellschaft 1969–1993], Praha 2012, S. 369–373.

Die Teilung des gemeinsamen Staates in zwei selbständige Nationalstaaten der Tschechen und Slowaken (obwohl sich diese nie offiziell zu solchen erklärt hatten) überdeckte und „versöhnte“ oder kaschierte gar viele divergierende Interessen und Einflussosphären im Zusammenhang mit der Privatisierung der Wirtschaft und den damit verbundenen Eigentumsverschiebungen. Auf die dramatischen und schnellen Umbrüche und Veränderungen im internationalen Umfeld (Wiedervereinigung Deutschlands, Zerfall Jugoslawiens und der Sowjetunion, Transformation der Europäischen Gemeinschaft zur „Maastrichter“ Europäischen Union u. a.) reagierte die „noch“ tschechoslowakische Außenpolitik mit zunehmender Skepsis und Ernüchterung.

Die planmäßig dosierte prowestliche Orientierung (der Warschauer Pakt wurde erst im Juli 1991 aufgelöst) wurde durch eine eher zwanghafte und rat- und rastlose „Flucht nach Westen“ abgelöst – d. h. durch eine als alternativlos erscheinende Option (also Vollmitgliedschaft in der NATO und in der EU), die damals die einzige realistische Garantie für Sicherheit und Prosperität darstellte. Und natürlich musste sie sich immer intensiver mit der Aufklärung über die aktuellen Probleme im innerstaatlichen tschechisch-slowakischen Verhältnis befassen – mit dem Ziel, deren Außenwahrnehmung im Ausland von den Desintegrationsprozessen in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft (ehem. Jugoslawien, UdSSR) optisch zu trennen und für den spezifischen tschechoslowakischen Fall zu sensibilisieren. Im letzten Halbjahr der Existenz des tschechoslowakischen Staates wurden diese Bemühungen sogar zur wichtigsten außenpolitischen Agenda des scheidenden föderalen Kabinetts Jan Stráskýs (Juli–Dezember 1992).³⁹

Nach mehreren schwierigen Gesprächsrunden und längeren Denkpausen gelang es gegen Ende des Jahres 1992 den Hauptunterhändlern (für die Tschechen Premier Petr Pithart und die Vorsitzende des Tschechischen Nationalrates Dagmar Burešová, für die Slowaken Premier Ján Čarnogurský und der Vorsitzende des Slowakischen Nationalrates František Mikloško) deshalb nur, sich auf einen Kompromiss zu einigen: Die Verhandlungen sollten nach deren Plänen mit einem Staatsvertrag der beiden Republiken beendet werden, wobei dieser Kompromiss nicht regelte, wie dies Eingang in die nationalen Verfassungen bzw. die föderative Verfassung finden sollte. Es sollte sich *de facto* nicht um einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen Republiken handeln (wie sich das der slowa-

³⁹ DIENSTBIER, *Od snění k realitě*, S. 241–282; RYCHLÍK, *Rozpad Československa*, S. 273–334.

kische Premier Ján Čarnogurský gewünscht hatte), aber trotzdem um ein bindendes vertragsartiges Dokument, das genau die Form der föderativen Verfassung und der nationalen Verfassungen festlegen sollte. Dieser (immer noch) annehmbare Kompromiss scheiterte allerdings schon an einer Abstimmung des slowakischen Parlamentspräsidiums.⁴⁰

Die Wahlen zum föderalen und zu den nationalen Parlamenten fanden am 5. und 6. Juni 1992 statt. In den böhmischen Ländern konnte die Demokratische Bürgerpartei (ODS) einen überzeugenden Wahlsieg feiern; in der Slowakei siegte – ebenso eindeutig – die Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS). Daraufhin kam es durch die Gewinner der Wahl, Václav Klaus und Vladimír Mečiar, zu einer radikalen Abkehr von der Strategie, die die tschecho-slowakischen Verhandlungen bis dato bestimmt hatte. Der letzte Durchgang der staatsrechtlichen Verhandlungen (Juni–Oktober 1992) nahm dann einen so schnellen und dramatischen wie eindeutigen Verlauf: Vom 19. Juni an wurde nurmehr darüber verhandelt, wie man die Tschechoslowakei am „schmerzlosesten“ teilen könne.

Bei den Verhandlungen in Bratislava kam es auch zur definitiven Absage der tschechischen ODS gegenüber den slowakischen Plänen eines losen staatsrechtlichen Zusammenschlusses der beiden souveränen Republiken in einer Konföderation. Begründet wurde das damit, dass es sich dabei schon nicht mehr um einen „gemeinsamen Staat“ handeln würde und man daher einer verfassungsmäßigen Teilung des gegenwärtigen Staates den Vorzug geben würde. In den folgenden Monaten verfiel die Tschechoslowakei in eine Stimmung der Agonie, auch wenn die Trennung mit dem 31. Dezember 1992 kultiviert, friedlich und in verfassungsmäßigen, geregelten Bahnen verlief.⁴¹

⁴⁰ VÁCLAV HAVEL, *Letní přemítání* [Sommermeditationen], Praha 1991, S. 11–34; PETER ZAJAC, *Sen o krajine* [Der Traum von dem Land], Bratislava 1996, S. 121–127; RYCHLÍK, *Rozpad Československa*, S. 169–226; HERTIG, *Die Auflösung der Tschechoslowakei*, S. 201–278.

⁴¹ Der ehemalige slowakische Präsident und führende Vertreter der HZDS Michal Kováč meinte dazu am 29.12.2007 in einem Gespräch mit der Tageszeitung SME, dass die HZDS in dieser Phase die Erklärung der absoluten Unabhängigkeit nicht für zweckmäßig gehalten und man daher der tschechischen Seite den Vorschlag einer Konföderation unterbreitet habe. Weniger bekannt war, dass schon damals der engste Führungskreis der HZDS ein konkretes Datum (das Jahr 1996) für die Teilung im Kopf hatte. JAN RYCHLÍK, *Rozdělení ČSFR po patnácti letech* [Die Teilung der ČSFR nach fünfzehn Jahren], in: CEP-Newsletter, 2008, H. 1, S. 1 f.

Die letzten Monate des Jahres 1992 brachten zahlreiche dramatische Momente und emotional aufgeladene Situationen mit sich, z. B. als sich die Föderale Versammlung nicht auf einen Wortlaut des Verfassungsgesetzes zur Auflösung der Tschechoslowakei einigen konnte und als es sogar gelang, einen parlamentarischen Beschluss zur Bildung einer Kommission, die die Transformation der Föderation in eine (nicht näher spezifizierte) Tschechisch-Slowakische-Union organisieren sollte, durchzusetzen. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt Václav Klaus und seine ODS-Partei fest entschlossen, den Stillstand des gemeinsamen Staates nicht weiter in die Länge zu ziehen.

Man nötigte die slowakischen Partner zu schnellen Schritten, um die Teilung des Staates mit dem 31. Dezember 1992 vollziehen zu können, also an jenem Datum, auf das sich beide Partner schon am 26. August 1992 bei einem Treffen in der Villa Tugendhat in Brünn geeinigt hatten. Dabei ist bemerkenswert, dass bei der Verabschiedung der endgültigen Fassung des „Verfassungsgesetzes über die Auflösung der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik“ offenbar kurz vor der Abstimmung über die letzte Version noch eine *slowakische* Stimme im slowakischen Teil der Kammer der Nationen in der Föderalen Versammlung fehlte (auch hier war bei Verfassungsfragen eine Drei-Fünftel-Mehrheit nötig).

Wie es dennoch gelang, dass am 25. November um 13.21 Uhr das Gesetz (Verfassungsgesetz Nr. 542/ 1992 Sb.) tatsächlich verabschiedet wurde, ist bis heute nicht wirklich geklärt. In den darauf folgenden Wochen wurden dann eine ganze Reihe „technischer“ Gesetze verabschiedet, durch die noch verbliebene föderale Institutionen aufgelöst bzw. getrennt wurden (z. B. die Tschechoslowakische Staatsbank, der Föderale Sicherheits- und Informationsdienst, der Tschechoslowakische Rundfunk, das Tschechoslowakische Fernsehen, die Tschechoslowakische Presseagentur, die Tschechoslowakischen Staatsbahnen, die Tschechoslowakische Post und andere).⁴²

⁴² ADÉLA GJURIČOVÁ / TOMÁŠ ZAHRADNÍČEK, *Návrat parlamentu. Češi a Slováci ve Federálním shromáždění 1989–1992* [Rückkehr des Parlaments. Tschechen und Slowaken in der Föderalversammlung 1989–1992], Praha 2018, S. 213–239; SRB / VESELÝ, *Rozdělení Československa*, S. 59–107. Vgl. RYCHLÍK, *Rozpad Československa*, S. 273–342; HERTIG, *Die Auflösung der Tschechoslowakei*, S. 279–382, u. a.

3. Die Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei: Flucht westwärts, Landung im „neuen“ Mitteleuropa

Wie schon im Prolog dieses Textes erwähnt, ergaben sich für die beiden neu entstandenen Staaten mit der tschecho-slowakischen Teilung, die zwar „chirurgisch“ perfekt durchgeführt, aber von den jeweiligen Gesellschaften nicht „aufgearbeitet“ worden war, unzählige, oftmals nicht eingestandene Schwierigkeiten. Woran sollte man anknüpfen? Auf welchen historischen Traditionen eine neue, bis zu einem gewissen Grad *a priori* beschnittene nationale Identität aufbauen? An die „tausendjährige“ St. Wenzel-Tradition, so wie sich das die tschechische Volkspartei (eine immer noch katholische Milieupartei, die paradoxerweise bis jetzt ihre historische Bezeichnung *Československá strana lidová* – Tschechoslowakische Volkspartei – beibehalten hat) vorstellte?⁴³ Oder sollte man an die hussitische und reformatorische Tradition anschließen (wie man auf Grund der regen Teilnahme von Vertretern und Vertreterinnen der bürgerlichen Demokraten und der Sozialdemokratie an den wiederbelebten Jan Hus-Feierlichkeiten, die freilich mehrheitlich von der *Tschechoslowakischen* Hussitischen Kirche durchgeführt wurden, annehmen hätte können)? An die dubiosen Traditionen von Tisos „unabhängiger“ Slowakei der Jahre 1939 bis 1945, wofür sich nationalistische slowakische und einige klerikale Kreise hartnäckig einsetzten? Sollte man auf das Vermächtnis von Kyrill und Method zurückgreifen und, im Sinne der Präambel zur gegenwärtigen slowakischen Verfassung, sogar auf die „großmährische“ Tradition des 9. Jahrhunderts? Oder doch sich vor allem auf die Traditionen der tschechischen/böhmischen und der *tschechoslowakischen* Staatlichkeit berufen, so wie sie in der gültigen Verfassung der Tschechischen Republik verstanden wird? Schon die schiere Anzahl dieser Fragestellungen zeigt die Vielfältigkeit und Komplexität dieser Materie.⁴⁴

Anfangs (d. h. in den „Gründerjahren“ 1993 bis 1998, also in der Ära Mečiar) war es die vorherrschende Geschichtspolitik der selbstständigen Slowakei, jedweden Anschluss an die Tradition der tschechoslowakischen Staatlichkeit rundweg abzulehnen. Nur im außenpolitischen Bereich

⁴³ Die 1918 gegründete Partei hieß ab 1992 offiziell *Křesťanská a demokratická unie – Československá strana lidová*, abgekürzt KDU-ČSL [Christliche und demokratische Union – Tschechoslowakische Volkspartei].

⁴⁴ MIROSLAV KUNŠTÁT / HANS LEMBERG, Zur tschechischen Erinnerungskultur, in: „Transformationen“ der Erinnerungskulturen in Europa nach 1989, hg. v. BERND FAULENBACH / FRANZ-JOSEF JELICH, Essen 2006, S. 113–124.

nutzte man reibungs- und vorbehaltlos die pragmatische Rechtsnachfolge der völkerrechtlichen Vertragsbasis, die noch von der ehemaligen Tschechoslowakei abgeschlossen worden war. Gleichzeitig konnte und wollte man sich freilich nicht auf ältere, problematische Traditionen stützen. Zwar fand sich eine gewisse Verehrung für die Slowakische Republik der Jahre 1939 bis 1945 in bestimmten Teilen des politischen Spektrums, für die Mehrheit der slowakischen Bürger und Bürgerinnen war dies aber schlicht unannehmbar. Auch außenpolitisch wäre die Betonung einer solchen Kontinuität eine Blamage gewesen (ähnlich wie analoge Tendenzen, die es in Kroatien gab), die zusätzlich weitreichende völkerrechtliche Konsequenzen hätte haben können.

Der neue Staat erblickte das Licht der Welt mit seinen eigenen Symbolen, seiner eigenen Verfassung und Regierung und seinem eigenen Parlament. Er brachte allerdings keinen Konsens seiner Bürger und Bürgerinnen über die grundlegende Einschätzung der eigenen Vergangenheit mit sich. In der erwähnten Präambel zur Verfassung vom 1. September 1992 „umkreiste“ er seine Geschichte in einem unglaublich großen und selektiven Bogen: Seinen Bürgern und Bürgerinnen brachte er lediglich „die Erfahrungen im Kampf um nationale Selbstbestimmung und eine eigene Staatlichkeit, im Sinne des geistigen Vermächtnisses Kyrills und Methods und jenes des historischen Großmähren“ in Erinnerung.⁴⁵

Die genannten Beispiele der schwierigen Identitätssuche zeigen die Zwiespältigkeit des (nicht nur) slowakischen Diskurses über die grundlegende Ausrichtung der neuen Staaten. Er bestätigt auch auf den ersten, wenn auch flüchtigen Blick einige vereinfachende Ansichten, nach denen der Grund für die Trennung von Tschechen und Slowaken darin zu suchen sei, dass es zwischen den tschechischen und slowakischen post-totalitären Eliten eine grundsätzliche Uneinigkeit hinsichtlich der Prioritäten gab. Es wurde versucht diese angebliche „Unversöhnlichkeit der

⁴⁵ MIROSLAV KUNŠTÁT, *Slovenská reflexe střední Evropy a její tradice* [Slowakische Reflexion Mitteleuropas und ihre Traditionen], in: *Visegrád. Možnosti a meze středoevropské spolupráce* [Visegrád. Potenziale und Grenzen der Zusammenarbeit in Mitteleuropa], hg. v. JIŘÍ VYKOUKAL, Praha 2003, S. 117–124, hier S. 120–123. Den grundlegenden und zuverlässigen Überblick über die politische und wirtschaftliche Entwicklung der selbstständigen Slowakei (inklusive einiger ausführlicher Passagen über die slowakische Außenpolitik sowie über die Entwicklung der tschecho-slowakischen Beziehungen nach 1993) findet man in: VLADIMÍR LEŠKA, *Slovensko 1993–2004. Léta obav a nadějí* [Slowakei 1993–2004. Die Jahre der Befürchtungen und Hoffnungen], Praha 2006. Die Zeitspanne, die die Publikation behandelt, umfasst symbolisch das Ende der Tschechoslowakei (31.12.1992) und den EU-Beitritt (01.05.2004) beider neu entstandener Staaten.

Prinzipien“ mit dem Gegensatz „rechts-links“ zu erklären (rechts stehende Tschechen versus links stehende Slowaken, die westlich orientierte Tschechische Republik gegen die Ostorientierung der Slowakei, radikale Wirtschaftsreformen in der Tschechischen Republik versus die vermeintliche Erneuerung des Sozialismus in der Slowakei), wobei gegebenenfalls auch auf die negativen Seiten der parallel dazu verlaufenden Auflösung des ehemaligen Jugoslawiens und der Sowjetunion hingewiesen wurde.

Auch Historiker und Historikerinnen brachten bislang (trotz einer bereits beträchtlichen Anzahl an Studien, die sich mit der Teilung der Tschechoslowakei und ihren Auswirkungen befassen) in diese Debatten keine komplexere Reflexionsebene ein: Entweder sahen sie die Teilung als logisches Ergebnis eines Modernisierungsprozesses, der in den böhmischen Ländern und der Slowakei ungleich verlaufen sei, oder sie kommentierten das tschechoslowakische Beispiel – wie etwa Jan Rychlík – allgemein so, dass

„auch im 20. Jahrhundert die Ethnizität die wichtigste Art der Soziabilität darstellt [...] und persönliche Freiheiten und eine demokratische Ordnung nicht genug sind, um einen multinationalen Staat zusammenzuhalten“.⁴⁶

Zustimmen kann man seiner Schlussfolgerung, dass nämlich das grundlegende Problem nicht die Frage des politischen Regimes war, sondern die Frage nach der Identifikation der Bevölkerung mit einem multinationalen Staat, der sich zusätzlich auch noch an der Schwelle zu einer nie zuvor dagewesenen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Transformation befand.⁴⁷ Weniger wird in den Diskussionen beachtet, dass die Tschechische bzw. Slowakische Republik zwei komplett neue „Nationalstaaten“ in Mitteleuropa darstellten (Tschechien als ein *de facto* ethnisch homogener Staat, die Slowakei jedoch mit der großen und selbstbewussten ungarischen Minderheit), die sich mit gewisser Skepsis und Distanz bei den breiteren Schichten der Bevölkerung – auch angesichts des Scheiterns der „subsidiär“ konzipierten Reform der tschechoslowakischen Föderation – nun mit dem dynamischen Prozess der europäischen Integration und der damit verbundenen *shared sovereignty* in seiner neuen, noch vertieften postmaastrichten Qualität (1992) auseinandersetzen mussten.

Auf dem Papier unterschieden sich die ersten außenpolitischen Konzepte der beiden Nachfolgestaaten kaum voneinander. Die neue Tschechische Republik war sich ihres reduzierten geopolitischen Gewichtes klar

⁴⁶ RYCHLÍK, Rozpad Československa, S. 340–342.

⁴⁷ Ebd., S. 341.

bewusst, „experimentierte“ deshalb nicht mehr so aktiv auf dem Gebiet der Menschenrechte oder mit den kaum realistischen Angeboten der „guten Dienste“ in einigen Konflikten und deklarierte offiziell die möglichst schnelle Integration in die Strukturen des Westens (angeregt u. a. durch den Kopenhagener Gipfel des Europäischen Rates im Sommer 1993). Die Slowakische Republik belastete in der Anfangsphase die stereotype, teilweise selbstverschuldete und im Ausland recht verbreitete Vorstellung, dass es in erster Linie sie war, die die ehemalige Tschechoslowakei „zerstört“ hatte.

In den ersten Jahren, als sie durch das autoritäre Kabinett Vladimír Mečiar regiert wurde, formulierte sie auch alternative Optionen zur prowestlichen Orientierung des Landes: am intensivsten von der ganzen Region näherte sie sich an Russland an, *special relations* pflegte sie auch mit Serbien und (paradoxerweise) mit Kroatien, d. h. mit den Staaten, in denen die nationale und staatliche Gründungsidee in einer vergleichbaren autoritären Form verschmolzen war. Aber auch die Tschechische Republik machte sich in dieser Zeit auf ihren spezifischen, teils euroskeptischen „Sonderweg“, der zwar im Widerspruch zu den Festreden und zahlreichen Interviews des alt-neuen Präsidenten Václav Havel stand, jedoch seinen Ausdruck in den Aussagen sowie praktischen Schritten des damaligen Premiers Václav Klaus fand.

Nur sehr mühsam und schleppend verlief der Aufbau der wirtschaftlichen, rechtlichen und institutionellen Grundlagen bei der Vorbereitung auf die Beitrittsverhandlungen (1993–1998), die in den sogenannten Kopenhagener Kriterien festgelegt wurden. Noch in dieser Zeit fand in Tschechien eine interessante Europadebatte statt. Zwei unterschiedliche Europabilder wurden durch die beiden wichtigsten Protagonisten der tschechischen Transformation, Václav Klaus und Václav Havel, verkörpert und dargestellt: das „eurorealistische“ (*de facto* jedoch euroskeptische), von Margaret Thatcher und den britischen Konservativen stark beeinflusste und in mechanischer Naivität rezipierte Konzept Europas als einer einzigen großen Freihandelszone mit eher schwachen zentralen Kompetenzen für die Brüsseler Gemeinschaftsinstitutionen (Klaus),⁴⁸ dagegen das

⁴⁸ Zur tschechischen bzw. slowakischen Außenpolitik nach 1993 im Überblick vgl. u. a.: Maximum možného? 25 rokov samostatnej českej a slovenskej zahraničnej politiky / 25 let samostatné české a slovenské zahraniční politiky [Das maximal Mögliche? 25 Jahre der selbständigen tschechischen und slowakischen Außenpolitik], hg. v. VÍT DOSTÁL / GRIGORIJ MESEŽNIKOV, Praha / Bratislava 2017; The Quest for the National Interest. A Methodological Reflection on the Czech Foreign Policy, hg. v. PETR DRULÁK / MATS BRAUN, Frankfurt am Main 2010; Zahraniční politika České republiky 1993–2004.

andere Bild eines solidarischen, tiefer integrierten, ja sogar föderalistischen Europas, das eine ausgeprägte Wertegemeinschaft darstellen sollte – doch im Bewusstsein, dass Europa schon „lange nicht mehr der Dirigent des Weltorchesters“ sei (Havel).⁴⁹

Ende der 1990er Jahre hat sich bei der tschechischen Öffentlichkeit (ähnliche, noch stärkere Trends waren auch in der Slowakei zu spüren) der bisher als komplementär wahrgenommene Zusammenhang des NATO- und EU-Beitritts noch mehr ausdifferenziert: im Falle des NATO-Beitritts überschritt die Unterstützung der Öffentlichkeit nur selten die 50-Prozent-Marke. Die Ergebnisse der tschechischen demoskopischen Erhebungen verzeichneten im Vergleich mit den anderen mittelosteuropäischen Staaten eine viel stärkere EU-Skepsis, zu der gewissermaßen auch einige „Betriebsstörungen“ im deutsch-tschechischen Verhältnis (u. a. die damals laut formulierten eigentumsrechtlichen Forderungen der sudeten-deutschen Vertriebenenverbände, die insbesondere durch die bayerische Staatsregierung auch auf Bundesebene unterstützt wurden) beigetragen hatten.⁵⁰ Die skeptische bzw. kritische Beurteilung des Maastrichter Vertrages und der daraus resultierenden Pläne bezüglich einer institutionellen Vertiefung der EU seitens der tschechischen Regierung (und vor allem von Premierminister Klaus) führte auch zur relativ späten Überreichung des offiziellen EU-Beitrittsantrags Tschechiens erst Ende Januar 1996 (Ungarn: März 1994, Polen April 1994).⁵¹

Nach 1998 (1997: Ablösung des Kabinetts Klaus in Tschechien durch das bürokratische Interimskabinetts Tošovský bzw. durch das sozialdemokratische Kabinetts Zeman, 1998: schlechter Wahlausgang für Mečiar in der Slowakei) traten die erwähnten tschechischen/slowakischen Spezifika in den Hintergrund. Die neuen, in beiden Fällen eindeutig proeuropäischen Regierungen führten ihre Länder unmissverständlich, wenn auch nicht im zeitlichen Gleichklang, in die EU und in die NATO (Tsche-

Úspěchy, problémy a perspektivy [Außenpolitik der Tschechischen Republik 1993–2004. Erfolge, Probleme und Perspektiven], hg. v. OTTO PICK / VLADIMÍR HANDL, Praha 2004.

⁴⁹ VÁCLAV HAVEL, Europa als Aufgabe, in: Karlsplenum 15. Mai 1996: Europa – ein Wollen. Kultur als verbindendes Element, in: Annals of the European Academy of Sciences of Arts 18 (1996), S. 27–42, hier S. 39.

⁵⁰ Zusammenfassend zum EU-Beitritt Tschechiens z. B. PAVEL ČERNOCH, Cesta do EU. Východní rozšíření Evropské unie a Česká republika v období 1990–2004 [Der Weg in die EU. Die Osterweiterung der EU und die Tschechische Republik im Zeitraum von 1990–2004], Praha 2004; DAN MAREK / MICHAEL BAUN, Česká republika a Evropská unie [Tschechische Republik und Europäische Union], Praha 2010, S. 25–70.

⁵¹ Ebd., S. 33 f.

chien: 2004 bzw. 1999; Slowakei 2004 bzw. 2003) – trotz der vorerst eher skeptischen Einstellung der Bürger. So z. B. erreichte die Unterstützung für den EU-Beitritt im Zeitraum 2000–2001 in Tschechien kaum die 50-Prozent-Marke, eine Trendwende trat erst im Zusammenhang mit dem erfolgreichen Verhandlungsabschluss auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen auf. Bei einer Wahlbeteiligung von 55,21 Prozent sprachen sich schließlich bei einem Referendum im Juni 2003 77,33 Prozent der tschechischen Bürger für einen EU-Beitritt aus.⁵²

Der frühere universalistische Konsens für eine „Rückkehr nach Europa“ bzw. „Rückkehr nach Westen“, der praktisch von allen relevanten politischen Parteien geteilt worden war, bekam allmählich spürbare Brüche: Als Schlüsselereignisse mit einem negativen Echo in der Öffentlichkeit und einem katalytischen Effekt kann man bereits die NATO-Bombardierung Belgrads bzw. Restjugoslawiens (1999), den Militäreinsatz der USA und ihrer *ad hoc*-Verbündeten im Irak (2003) sowie die neu artikulierten bilateralen Probleme mit Deutschland und Österreich im Zusammenhang mit den sogenannten Beneš-Dekreten betrachten.⁵³

Nach der ersten EU-Osterweiterung (2004) gewann der Differenzierungsprozess innerhalb der tschechischen außenpolitischen Eliten bzw. innerhalb ihrer informellen Netzwerke klarere Umrisse. In der Fachliteratur wurden in diesem Zusammenhang vier idealtypische „epistemische Gemeinschaften“ identifiziert: 1. die proeuropäischen und proatlantischen „Universalisten“, 2. die proeuropäischen und USA/NATO-skeptischen „Europäer“, 3. die proatlantischen und euroskeptischen/„eurorealistischen“ „Atlantiker“ sowie 4. die offen antieuropäischen und antiatlantischen „Souveränisten“.

Nur in wenigen Fällen kann man heute diese Gemeinschaften mit den konkreten politischen Parteien identifizieren: die erste von ihnen (Universalisten) überwiegt z. B. in der christlich-demokratischen KDU-ČSL, in der rechtsliberalen TOP 09 und neuerlich auch in der Piratenpartei, die zweite (Europäer) bei der sozialdemokratischen ČSSD und bei den Grünen, die dritte (Atlantiker) bei der bürgerlich-demokratischen, von Václav Klaus immer noch stark geprägten ODS, die vierte (Souveränisten) in der

⁵² Ebd., S. 43 f.

⁵³ Vgl. u. a. CHRISTIAN DOMNITZ, Die Beneš-Dekrete in der parlamentarischen Debatte. Kontroversen im Europäischen Parlament und im tschechischen Abgeordnetenhaus vor dem EU-Beitritt der Tschechischen Republik, Berlin 2007; EMIL NAGENGAST, The Beneš Decrees and EU Enlargement, in: *Journal of European Integration* 25 (2003), H. 4, S. 335–350; KAI-OLAF LANG, Der Streit um die Beneš-Dekrete und die Folgen für das deutsch-tschechische Verhältnis, SWP-Aktuell, 2002, H. 20, S. 1–8.

kommunistischen KSČM sowie in der rechtspopulistischen und „direkt-demokratischen“ SPD-Partei des Tschechojapaners Tomio Okamura.

In der Slowakei ist die Zuordnung der genannten Gemeinschaften zu den konkreten Parteien – angesichts der sich viel schneller wandelnden Parteienlandschaft – deutlich schwieriger, mit Ausnahme der eindeutig rechtsextremistischen und russlandfreundlichen ĽSNS Marian Kotlebas. In den letzten Jahren kann man jedoch in den Parteiprogrammen sowie in der konkreten Politik die Stärkung der Souveränisten und Atlantiker beobachten; die außenpolitische Position der seit 2017 stimmenstärksten tschechischen Partei ANO des Premierministers Andrej Babiš lässt sich nur schwer bestimmen (insbesondere in der praktischen Regierungspolitik), die euroskeptischen Positionen nehmen jedoch auch hier tendenziell zu.⁵⁴

Die Fragilität der nationalen und staatlichen Identität der beiden Nachfolgestaaten der Tschechoslowakei manifestiert sich bis heute in mehreren Bereichen, vor allem im Zusammenhang mit den nicht erfüllten Erwartungen und Hoffnungen bzw. mit der massenhaft geteilten „Enttäuschung vom Westen“, die jedoch häufig durch die Unsicherheiten in der innerstaatlichen sozialen Realität mitverursacht ist. Die hier ausführlich beschriebene „samtene Scheidung“ der Tschechen und Slowaken stellte eine zusätzliche Transformationslast dar: Auf der Suche nach der außenpolitischen Standortbestimmung stärkte sie in beiden Nachfolgestaaten – trotz der immerhin weiter proklamierten „Rückkehr nach Europa“ – die Skepsis gegenüber den supranationalen Institutionen und eine spezifische Kultur der Enthaltensamkeit. Diese zeigte sich z. B. deutlich an den doppeldeutigen Reaktionen Tschechiens auf die NATO-Operation Allied Force im Kosovo (1999), auf den zweiten Irak-Krieg (2003) bzw. auf die EU-Sanktionen gegen Russland aufgrund der Ukrainekrise (2014).⁵⁵

⁵⁴ Zu den vier „epistemischen Gemeinschaften“ in den Visegrád-Staaten (mit dem Fokus auf die Tschechische Republik) PETR DRULÁK u. a., Außenpolitik in Ostmitteleuropa. Von Universalisten, Atlantikern, Europäern und Souveränisten, in: Osteuropa 58 (2008), H. 7, S. 139–152. Vgl. auch PETER M. HAAS, Introductions. Epistemic Communities and International Policy Coordination, in: International Organization 46 (1992), H. 1, S. 1–35.

⁵⁵ Die damals veröffentlichte gemeinsame griechisch-tschechische Initiative (März 1999) wurde bei den anderen NATO-Verbündeten als unverhüllt kritische Distanz Athens und Prags – d. h. eines „alten“ und eines „neuen“ Allianzmitglieds – zu den laufenden Operationen im ehem. Jugoslawien bzw. als eine Geste des Entgegenkommens gegenüber Slobodan Milošević betrachtet. PAVEL HRADEČNÝ, Kosovo: zdroje a cesty konfliktu, [Kosovo: Die Ursachen und Wege eines Konfliktes], in: Mezinárodní politika 23 (1999), H. 6, S. 19–21; vgl. auch Společný česko-řecký návrh pro mírový proces v jihovýchodní Evropě [Gemein-

Die präzedenzlose postkommunistische Transformation in den drei vergangenen Jahrzehnten und fehlende gesellschaftliche Visionen nähren in den beiden Ländern – trotz der wirtschaftlichen Konjunktur der letzten Jahre – Zukunftsängste, Frustrationen und nationale Selbstbezogenheit.⁵⁶ Diese führen nicht nur zur Stärkung der autoritären und populistischen Tendenzen in der Innenpolitik. Die außenpolitischen Implikationen des gefühlten „Europäertums zweiter Klasse“ sind allgemein bekannt: Als konkretes Beispiel kann man die negativistische Blockadepolitik der Visegrád-Staaten bei der Lösung mancher gesamteuropäischer Fragen nennen, insbesondere der seit 2015 andauernden sogenannten Flüchtlingskrise.

samer tschechisch-griechischer Antrag für den Friedensprozess im Südosteuropa], in: ebd., S. 31–33.

⁵⁶ Dazu retrospektiv und in vergleichender Perspektive PHILIPP THER, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europas*, Berlin 2014, bzw. zuletzt (als Transformationsgeschichte der immer noch „neuen“ deutschen Bundesländer, auch im Vergleich mit den Visegrád-Staaten): DERS., *Das andere Ende der Geschichte. Über die Große Transformation*, Berlin 2019.